

Antrag

der Fraktion der SPD

betr. Sicherungsmaßnahmen für den sozialen
Wohnungsbau 1951.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

a) sofort Maßnahmen und Anordnungen zu treffen, daß

1. die Baustoffindustrie bevorzugt gefördert und sie insbesondere mit Kohlen und Rohstoffen so versorgt wird, daß sie ihre Produktionskapazität voll ausnutzen kann;
2. für den sozialen Wohnungsbau alle notwendigen Baustoffe, Bau- und Einrichtungsteile in Höhe des Bedarfs für 1951 zur Verfügung gestellt werden, damit der kontinuierliche Fortgang der Bauarbeiten gewährleistet ist;
3. die Preise für alle im Wohnungsbau benötigten Baustoffe und anderen Güter gebunden werden und jegliche Spekulation ausgeschlossen wird;
4. alle Wohnungsbauten des Bundes, auch diejenigen für Besatzungsangehörige, Besatzungsverdrängte, verschleppte Personen, sowie die Bauten für weitere Besatzungszwecke durch das Bundesministerium für Wohnungsbau so aufeinander abgestimmt werden, daß der Wohnungsbau und das Preisgefüge auf dem Bauproduktmarkt nicht beeinträchtigt werden.

b) mit den Hohen Kommissaren sofort Verhandlungen zu führen mit dem Ziele, auch alle Bauvorhaben der Besatzungsmächte mit den deutschen Bauprogrammen im Sinne der Ziffer a 4 abzustimmen.

c) in diesen Fragen erforderliche Vorlagen dem Bundestag bis zum 1. April 1951 zu unterbreiten und zum gleichen Termin zu allen Punkten des Antrages zu berichten.

Bonn, den 21. Februar 1951

Erler	Geritzmann	Jacobi
Kalbfell	Meyer (Bremen)	Frau Meyer-Laule
Stierle	Ollenhauer und Fraktion	